
Liebe Leserinnen und Leser,

der jahrzehntelange Widerstand gegen die Atomindustrie ist immer wieder für eine Überraschung gut. Und wenn dann noch die Polizei einen Urantransport auf der Autobahn stoppt und die Weiterfahrt unterbindet,



dann reibt man sich schon einmal zweimal die Augen... Und doch ist es so geschehen, in diesem März, auf der A 1 zwischen Bremen und Osnabrück. Der Transport mit Uranhexafluorid kam vom Hamburger Hafen und war auf dem Weg zur Urananreicherungsanlage in Gronau. (siehe Polizeifoto). Gestoppt wurde er, weil das Tragegestell unter dem Urancontainer völlig marode und verrostet war. Wie heißt es dazu in einer Werbebroschüre des Urenco-Konzerns, der die Anlage in Gronau betreibt: „Kontrollen von Fahrzeug, Ladung und Transportdokumenten vor Antritt jeder Fahrt schaffen zusätzliche Sicherheit.“ Karneval ist vorbei, doch es bleibt närrisch ...

Höchste Zeit, die Wanderschuhe für die Ostermärsche zu putzen, Ostern steht vor der Tür.

Mehr zu den Ostermärschen in der Terminliste. 14 Tage später findet dann am 17. April in Münster die BBU-Mitgliederversammlung statt. Die BBU-Newsletter-Redaktion möchte da alle Leserinnen und Leser des Newsletter treffen!!! Also: Schuhe wieder putzen, Pferde satteln ... und auf ins Münsterland!

Das Münsterland ist immer eine Reise wert, andere Regionen in Nord und Süd auch. Alle Leserinnen und Leser sind aufgerufen, breit und umfassend für die Teilnahme an einer der bevorstehenden, großen Demonstrationen anlässlich des 24. Tschernobyljahrestages Ende April zu mobilisieren. Und: Teilt der BBU-Geschäftsstelle bitte eigene Tschernobyl-Aktivitäten mit (Mahnwachen, Infoabende, Kundgebungen), damit wir eine möglichst vollständige Übersicht erstellen können. Ausführliche Termine zum Tschernobyltag demnächst unter <http://www.bbu-online.de/Termine/Termine.htm>.

Und wer das Münsterland kurzfristig besuchen möchte: Vom 19. – 21. März findet dort in Ahaus die bundesweite Frühjahrskonferenz der Anti-Atomkraft-Bewegung statt (s. Terminübersicht in diesem Newsletter). Wie gesagt: Schuhe putzen ... und den Frühlingsanfang im strahlenden Ahaus erleben!

*Herzliche Grüße von der **BBU-Newsletterredaktion** !*

1. Aus Vorstand und Geschäftsstelle

BBU-Mitgliederversammlung

(U.B.): Der Vorstand des BBU erinnert daran, dass am 17. April in Münster die nächste BBU-Mitgliederversammlung stattfinden wird. Die Einladungen sind den Mitgliedern bereits zugestellt worden. Wer sich noch nicht angemeldet hat, kann sich formlos in der BBU-Geschäftsstelle anmelden, um die Vorbereitungen der Mitgliederversammlung zu erleichtern.

BBU kooperiert mit PLASTIC PLANET

(U.B.): Seit Ende Februar ist der Film **PLASTIC PLANET** in den Kinos. Informationen über den Film gibt es im Internet unter www.plastic-planet.de. Der BBU ist Film-Kooperationspartner. Initiativen und Verbände, die vor Ort eine Informationsveranstaltung zum Themenkomplex „Plastik“ organisieren möchten, können sich zur Koordination in der BBU-Geschäftsstelle melden.

BBU beteiligt sich an der bundesweiten Stromwechsel-Aktionswoche

(U.B): Der BBU beteiligt sich an der bundesweiten Aktionswoche zum Stromwechsel vom 10. – 18. April. Organisiert wird die Woche vom Bündnis ASM (Atomausstieg selber machen), dem auch der BBU angehört. BBU-Mitglieder, die sich an der Aktionswoche vor Ort mit Veranstaltungen, Infoständen oder Flugblattaktionen beteiligen möchten, sollten sich zur Koordinierung in der BBU-Geschäftsstelle melden. Infos zur BBU-Stromwechselkooperation mit den EWS Schönau gibt es unter <http://www.bbu-online.de/EWS/EWS1.htm>. Die Aktivitäten in der Aktionswoche können auch genutzt werden, um für die Anti-Atomkraft-Demonstrationen anlässlich des Tschernobyl-Jahrestages zu mobilisieren. So können bei Veranstaltungen und an Infoständen zum Stromwechsel auch Mobilisierungsflugblätter für Demos verteilt werden. Welche Materialien erhältlich sind, erfährt man in der BBU-Geschäftsstelle (0228-214032).

2. Themenbereiche

Biozide

PAN Germany: Europaabgeordnete ebnen auf Kosten des Verbraucherschutzes die freie Vermarktung von giftigen Bioziden

Die jüngsten gesetzlichen Initiativen zur Zulassung von Bioziden in Europa alarmieren PAN Germany und weitere Umweltverbände. Würden etwa die Vorstellungen konservativer Europaabgeordneter in Brüssel angenommen, könnte bald der deutsche Markt mit problematischen Insektengiften überschwemmt werden. Zur [Presse-Information von PAN-Germany vom 23.02.2010](#)

Harald Gülzow, Geschäftsführendes Vorstandsmitglied des BBU

CCS / CO2-Speicherung

Politiker verweigern Diskussion mit Kritikern der CO2-Einlagerung

Einen Zusammenhang zwischen der CO2-Endlagerung und der Gewinnung von Braunkohle scheint der brandenburgische Braunkohleausschuss nicht zu sehen. Daher lehnte er ein Gespräch mit den Kritikern der CO2-Endlagerung im Februar ab. Man will wohl lieber unter sich bleiben.

Siehe hierzu:

http://www.niederlausitz-aktuell.de/artikel_3_8911.php,

<http://www.vsr-gewaesserschutz.de/presse/Braun1.pdf>

Harald Gülzow, Geschäftsführendes Vorstandsmitglied des BBU

Energiepolitik

Deutsche Umwelthilfe fordert vollständigen Baustopp für E.on-Schwarzbau in Datteln

Die Deutsche Umwelthilfe e. V. (DUH) hat den heutigen Beschluss des Bundesverwaltungsgerichts (BVerwG) begrüßt, mit dem das Urteil des OVG Münster zum Bebauungsplan für das E.on-Kohlekraftwerk Datteln vom 3. September 2009 rechtskräftig geworden ist. Damit sei höchstrichterlich bestätigt, dass die Genehmigungsvoraussetzungen für das Kraftwerk zu keinem Zeitpunkt gegeben waren. Das BVerwG in Leipzig hatte die Beschwerden der Stadt Datteln und der E.on Kraftwerke GmbH gegen die Nichtzulassung der Revision in dem OVG-Urteil zurückgewiesen.

DUH-Bundesgeschäftsführer Rainer Baake forderte den in Nordrhein-Westfalen für den Vollzug des Bundesimmissionsschutzrechts zuständigen Umweltminister Eckhard Uhlenberg (CDU) auf, nun umgehend einen "sofortigen und vollständigen Baustopp für den E.on-Schwarzbau in Datteln zu verhängen". Die CDU/FDP-Landesregierung müsse das Urteil des OVG Münster "endlich respektieren und alle Versuche, Recht und Gesetz in NRW nachträglich an die Interessen des E.on-Konzerns anzupassen, sofort einzustellen". Der von der

Landesregierung vorgelegte Entwurf des Landesentwicklungsplans müsse sofort zurückgezogen werden. Baake: "NRW braucht ein Klimaschutzgesetz und den Umstieg auf Erneuerbare Energien und Kraft-Wärme-Koppelung. Neue Kohlekraftwerke verbauen die Zukunft des Landes."



Die DUH, der BUND Nordrhein-Westfalen, der NABU Nordrhein-Westfalen, Germanwatch und das Kampagnennetzwerk Compact (...) haben für den Landtagswahlkampf eine Kampagne zur Umsetzung der von ihnen vorgeschlagenen Klimaschutzstrategie angekündigt.

Originaltext der DUH-Presseinformation vom 16.03.2010: <http://www.presseportal.de/pm/22521>. Für Rückfragen: Rainer Baake, Bundesgeschäftsführer, baake@duh.de

Greenpeace prüft Klage gegen Umweltminister Röttgen / Erkundung von Gorleben nach Recht von 1983 verstößt nach Auffassung der Organisation gegen geltendes Recht

Greenpeace prüft gemeinsam mit der regionalen Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg, juristisch gegen den weiteren Ausbau des geplanten Atommüll-Endlagers im Salzstock Gorleben vorzugehen. Röttgen plant, den Salzstock auf Basis des Rahmenbetriebsplanes von 1983 zu erkunden, obwohl es eine Neufassung des Bergrechts von 1990 gibt. Das verstößt nach Ansicht der Umweltverbände gegen geltendes Recht und wäre somit illegal. Röttgen müsste somit einen neuen Rahmenbetriebsplan beim Bergamt Celle einreichen, der eine Umweltverträglichkeitsprüfung und die Beteiligung der Öffentlichkeit beinhaltet. Greenpeace fordert die sofortige Aufgabe des Standortes Gorleben und eine neue ergebnisoffene Endlagersuche nach Atomrecht. (...). Eine ergebnisoffene Erkundung hat es in Deutschland bislang nicht gegeben. Seitdem Gorleben 1977 aus sachfremden Motiven zum Endlagerstandort auserkoren worden ist, sind Fakten geschaffen worden: 91 Castorbehälter mit hochradioaktiven Abfällen sind bereits nach Gorleben gebracht worden und stehen in einem Zwischenlager direkt über dem Salzstock. Eine Konditionierungsanlage zur endlagerfähigen Verpackung des Atommülls ist ebenfalls seit 2000 betriebsbereit. Die Schachtdurchmesser von neun Metern erlauben das Absenken von Atommüllcontainern. "Von einer ergebnisoffenen Erkundung kann daher keine Rede sein. Das Ergebnis soll von vornherein feststehen: Gorleben. Ob das legal ist, darüber werden wohl deutsche Gerichte entscheiden müssen".

Rückfragen an Mathias Edler, Tel. 0151-1805 3404; Originaltext: <http://www.presseportal.de/pm/6343>

Unterschriftenaktion gegen AKW Biblis und Neckarwestheim

Wir wollen Druck auf die Regierung ausüben, die AKW Biblis A und Neckarwestheim 1 endlich abzuschalten. Aus diesem Anlass möchten wir euch bitten unsere Unterschriften-Aktion "Atomrisiko verlängern? Sag nein! - Biblis und Neckarwestheim jetzt abschalten!" zu verbreiten. Mehr Infos dazu hier:

<http://www.ausgestrahlt.de/mitmachen/sag-kein/>

Gern senden wir euch kostenlos Unterschriftenlisten zu, die ihr während eurer Veranstaltungen und Aktionen auslegen könnt. Schickt dazu einfach eine Email mit gewünschter Stückzahl und Sendeadresse an: sarah.gerhardt@ausgestrahlt.de Zudem können die Unterschriftenlisten als pdf heruntergeladen und ausgedruckt werden: <http://www.ausgestrahlt.de/?id=238>. Danke für euer Engagement! Es grüßt herzlich Sarah Gerhardt für das ausgestrahlt-Team

sarah.gerhardt@ausgestrahlt.de, Telefon: 040-2531 89 40

Neckarwestheimer Anti-Atom-Info

"Protest-Frühjahr 2010" sowie den 24. Jahrestag der AKW-Katastrophe von Tschernobyl zum Anlass genommen, ein neues "neckarwestheimer anti-atom-info" zu veröffentlichen. Hierbei freuen wir uns über Menschen, die das Info öffentlich auslegen können oder verteilen. Darum teilt uns bitte unter Angabe der Postadresse und gewünschten Stückzahl mit, wenn ihr mehrere Exemplare des Infos möchtet!

Das Info hat 4 Seiten, und ist gefaltet wahlweise auf "DIN lang" oder DIN A5. Kosten: Keine, Spenden sind aber willkommen bzw. auch nötig.

Aktionsbündnis CASTOR-Widerstand Neckarwestheim, Info-tel 07141 / 903363, <http://neckarwestheim.antiatom.net>

Die Asse säuft ab -- Gorleben was tun?

Fachtagung zum Salzstock Gorleben -- 16. und 17. April 2010

Bundesumweltminister Röttgen hat in dieser Woche die weitere "Erkundung" des Salzstockes angekündigt. Über dreißig Jahre währt nun das zweifelhafte Verfahren. Das alleine ist schon ein juristisches Unikum. Wir wollen uns in diese Debatte mit einer Fachtagung einbringen und laden Sie hierzu gerne ein. Seit der Standortbenennung haben wir immer wieder unsere guten Argumente vorgetragen. Die Politik hat immer nur auf die Karte Gorleben gesetzt und die Bedenken gegen ein Endlager in Gorleben ignoriert. Es ging hier nie um Geologie. Wissenschaft war immer nur Fassade und das macht es uns schwer mit guten Argumenten zu durchdringen. Wir stellen uns den Diskussionen trotzdem immer wieder. Dieser Weg der Bundes- und Landesregierungen war aber von Anfang an politisch riskant. Denn an diesem Standort hängt die gesamte Zukunft der Atomenergie in Deutschland - mehr dazu im April.

Für den Nachmittag des 16.4.2010 haben wir exklusiv für Sie und einige weitere Gäste eine Bustour mit dem Historiker Herrn Reiff durch die Region organisiert, um mit Ihnen zusammen uns Orte anzuschauen, die uns vor Augen führen, dass zwischen den tiefen Salzformationen und der Biosphäre schon lange Kontakt besteht. Die oberirdischen Anlagen des Bergwerkes und die Infostelle des BfS in Gorleben werden wir eben-

falls besuchen. Abfahrt ist um 13 Uhr in Dannenberg, Hotel Alte Post. Bitte teilen Sie uns mit, falls Sie an der Bustour teilnehmen möchten (an: fachtagung@bi-luechow-dannenberg.de).
Aus einer Mitteilung der BI Umweltschutz Lüchow-Dannenberg vom 11.03.2010

Massentierhaltung

Demo gegen Hähnchenschlachthof in Wietze

In Wietze bei Celle haben mehr als 200 Vertreter zahlreicher Bürgerinitiativen demonstriert. Sie forderten von den Vertretern der Gemeinde das Ende der geplanten Ansiedlung eines Schlachthofs der Firma Rothkötter für wöchentlich 2,5 Millionen Hähnchen. Die Demonstranten sowie die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) bezeichnen es als „Überschüsse-generierenden Amoklauf“. Auch gegen das Ansinnen des Hähnchenkonzerns Rothkötter, in Wietze nunmehr sogar das Zweieinhalbfache der ursprünglich geplanten Hähnchen-Menge zu schlachten und dafür 420 statt 150 Vertragsmäster anzuwerben, wurde demonstriert.

Die konkurrierenden Geflügelkonzerne Wesjohann-„Wiesenhof“, Stolle und Sprehe reagieren derzeit auf Rothkötters Versuch der Eroberung zusätzlicher Marktanteile mit einer eigenen Anwerbe-Welle für ihre vergrößerten Schlachthöfe. Die tierquälerische Geflügelmast ist weder nachhaltig noch umweltgerecht. Sie wird auch von den betroffenen Bürgern in den Dörfern nicht toleriert und wird überall Widerstand hervorrufen.

20 Bürgerinitiativen zwischen Lüneburg und Göttingen haben nach unserer Einschätzung bereits zahlreiche Stall-Neubauten im Vorfeld der Antragstellung verhindert. Bei jedem neuen Bauantrag formiert sich sofort eine neue BI. Wenn die Bürger sich weiterhin so standhaft gegen die Mastställe wehren, bestehen gute Aussichten, dass der Wietzer Schlachthof und weitere Mastställe verhindert werden können.

Die niedersächsischen Bürgerinitiativen planen eine noch engere Kooperation im bundesweiten Netzwerk „Bauernhöfe statt Agrarfabriken“.

Aus Platzgründen leicht gekürzter Bericht des LBU-Regionalbüros in Wustrow. Weiterführende Informationen: Landesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz Niedersachsen e.V., Goebenstr. 3a, 30159 Hannover, Tel. 0511- 965 69 – 78, info@lbu-niedersachsen.de.

Nanotechnologie

Neue Gesundheitsgefahren durch die Nanotechnologie

Eine schon 2008 in Nature Nanotechnology veröffentlichte Studie enthüllt, dass einige Formen von Kohlenstoffnanoröhren - die Paradebausteine der Nanotechnologie - genauso gesundheitsschädlich sein könnten wie Asbest, falls sie in entsprechenden Mengen eingeatmet werden. Sie erzeugen in Zellen des Lungengewebes ähnliche Veränderungen wie künstliche Mineralfasern und auch Asbest. Zu den Gefahren, die von Kohlenstoff-Nanoröhren (CNT) ausgehen, schrieb auch der BUND in seiner Broschüre: Nano-überall: Nanotechnologie im Alltag „Einige von ihnen stehen im Verdacht, ähnlich wie Asbest im Körper Entzündungen auszulösen, die zu Tumoren führen können. Da sie erwiesenermaßen langlebig sind, reichern sie sich möglicherweise in der Umwelt an.“ Aufgrund ihrer zu hohen und unkalkulierbaren Risiken sollte CNT nicht eingesetzt werden.

Trotz dieser Erkenntnisse hat Bayer im Januar 2010 eine Pilotanlage zur Herstellung von Kohlenstoff-Nanoröhren (Carbon Nanotubes, CNT) im CHEMPARK Leverkusen eröffnet. Sie verfügt über eine Kapazität von 200 Jahrestonnen und ist damit die weltweit größte ihrer Art. In der Presseerklärung von Bayer heißt es : „Mit dieser Investition in eine der Schlüsseltechnologien der Zukunft will sich Bayer MaterialScience einen Vorsprung in der Erschließung einer Vielzahl von Anwendungsmöglichkeiten für mehrwandige Kohlenstoff-Nanoröhren eröffnen, die das Unternehmen unter der Marke Baytubes® vertreibt.“

Quellen: <http://www.g-o.de/wissen-aktuell-8272-2008-05-26.html>,

http://www.bund.net/fileadmin/bundnet/publikationen/nanotechnologie/20090429_nanotechnologie_imalltag_flyer.pdf, http://www.chempark.de/index.php?bereich_id=3&news_id=3394

Harald Gülzow, Geschäftsführendes Vorstandsmitglied des BBU

Tonerschäden

Gentoxische Wirkung von Laserdruckern

Millionen Menschen, darunter auch Kinder, Schwangere und Kranke, atmen die ungefilterten Emissionen aus Laserdruckern ein, ahnungs- und schutzlos. Bis zu einer Milliarde Partikel kann ein Laserdrucker emittieren, pro Seite, darunter auch metallische Nanopartikel! Die Toner sind mit Schwermetallen belastet sowie mit anderen Schadstoffen und Ultragiften. Hersteller und Berufsgenossenschaften versichern seit Jahren gebetsmühlenartig, es bestünde keine Gefahr bei bestimmungsgemäßem Gebrauch. Die Bundesbehörden, allen voran das BfR, haben es bis heute unterlassen, die Risiken aufzuklären, obwohl dies längst möglich gewesen wäre. Die Bundesministerien schieben sich seit fast 10 Jahren wechselseitig den Schwarzen Peter zu, auf

Kosten der Gesundheit der Bürger. Die Ministerin für Verbraucherschutz, Ilse Aigner, sieht sich unzuständig und das Umweltministerium hält es für ausreichend, die Industrie an den Partikeln forschen zu lassen. Mit der Forschungsinitiative hat die Stiftung nano-Control, der über 2.000 Erkrankungsfälle vorliegen, die wissenschaftliche Aufklärung selbst in die Hand genommen. Am 1. März hat die Stiftung nano-Control die Öffentlichkeit über die alarmierenden Ergebnisse der Untersuchungen im Rahmen unserer Forschungsinitiative informiert (Presseerklärung und Faktenpapier).

(...) nano-Control hält dies angesichts der schweren Verdachtslage für vollkommen verantwortungslos. „Wir erwarten, dass die Hersteller dem Beispiel der Automobilindustrie folgen und gefährliche Produkte sofort vom Markt nehmen!“, so der Vorsitzende der Stiftung nano-Control, Achim Stelling. Die Schädigungen von Menschen sind ein schweres Unrecht und strafbar. Die vorliegenden Beweise für die Schädigungen halten vor Gericht stand, wie die erste Anerkennung einer Berufskrankheit durch Kopierstäube aus dem Bereich der Polizei zeigt. Die Stiftung nano-Control wird für schnellstmögliche Aufklärung der Risiken sorgen und hat jetzt das Bundesinstitut für Risikobewertung vor dem Verwaltungsgericht Berlin auf Herausgabe von Informationen verklagt.

Aktuelle Informationen zum Thema finden Sie unter: <http://nano-control.de>. Aus einer Presseinformation vom 15.03.2010 von nano-Control

Verkehr

Informationsmaterial zur Verkehrspolitik

(U.B.): Wer verkehrspolitisch vor Ort und / oder überörtlich aktiv ist, ist mitunter auf Anregungen und neue Materialien angewiesen. UMKEHR e. V. und der FUSS e. V. betreiben gemeinsam einen verkehrspolitischen Internet-Shop, über den Infos, Broschüren, Plakate etc. bestellt werden können. Ein Blick dorthin lohnt sich: http://www.lauf-kundschaft.de/component/option,com_virtuemart/Itemid,30

Petition gegen Fluglärm

Bis zum 27. April kann eine Petition an den Deutschen Bundestag zum Lärmschutz im Luftverkehr mitgezeichnet werden. Im Internetbrowser (z. B. IE, Firefox oder andere) ist folgende Adresse einzugeben: "<https://epetitionen.bundestag.de>" In der Spalte "Thema" nach "Lärmschutz im Luftverkehr - Absolutes Nachtflugverbot für alle deutschen Flughäfen" suchen. Spalte "Hauptpetent": Klaus Zydek, Spalte "Ende der Mitzeichnung": 27.04.2010. Nach einer kurzen und unkomplizierten Anmeldeprozedur kann man diese Petition mitzeichnen.

Der Text der Petition lautet:

Der Deutsche Bundestag möge ein Nachtflugverbot an allen deutschen Flughäfen in der Zeit von 22 bis 06 Uhr beschließen, um die durch nächtlichen Fluglärm verursachte massive Gesundheitsgefährdung der Bevölkerung zu beseitigen.

Begründung

Zahlreiche Studien und Untersuchungen von namhaften Persönlichkeiten und Instituten haben bewiesen, dass Nachtfluglärm in besonderer Weise krank macht. Eine wissenschaftliche Expertengruppe von WHO und Umweltbundesamt hat alle einschlägigen medizinischen Untersuchungen der letzten Jahre bewertet und dabei festgestellt, dass nächtliche Lärmbelastung eindeutig mit gesundheitlichen Schäden in Verbindung steht und vorzeitige Morbidität und Mortalität zur Folge haben kann. Gesundheitsschäden durch Nachtfluglärm sind nur dann mit Sicherheit auszuschließen, wenn der Dauerschallpegel 40 dB(A) nicht übersteigt. Ab 50 dB(A) muss die Situation als zunehmend gefährlich für die Gesundheit der Bevölkerung angesehen werden. Dieser Wert wird regelmäßig und damit unverantwortlich hoch mit 55 bis 90 dB(A) überboten. (...).

Helmar Pless

3. Terminhinweise



Der Film PLASTIC PLANET läuft in folgenden Orten in den Kinos:

www.plastic-planet.de/kinofinder.html. Der BBU ist einer der Film-Kooperationspartner.

19. – 21.03.2010: Bundesweite Frühjahrskonferenz der Anti-Atomkraft-Bewegung in Ahaus. Kontakt & Infos: www.kein-castor-nach-ahaus.de und www.bi-ahaus.de.

19. – 21.03.2010: Friedenskonferenz von IPPNW, DFG-VK, Pax Christi und Essener Friedensforum in Essen anlässlich der 7. Überprüfungskonferenz des Atomwaffensperrvertrages. Infos: www.friedenskultur2010.de

18. – 21.03.2010: Landshuter Umweltmesse; Infos: <http://www.la-umwelt.de>.

21.03.2010: Protest-Sternfahrt zum AKW Neckarwestheim. Infos: www.energiewendeheilbronn.de

Für die sofortige Stilllegung aller Atomanlagen!

Es geht im Frühjahr 2010 mit vollem Elan weiter gegen die Atomindustrie! Dabei rücken die Aktionen zum 24. Tschernobyljahrestag (26. April) näher. Terminübersichten gibt es z. B. hier: <http://www.anti-atom-aktuell.de> und hier <http://www.castor.de/8termine.html>.

Friedensbewegung

Termine aus der Friedensbewegung, auch bevorstehende Ostermarschtermine, gibt es u. a. hier: <http://www.friedenskooperative.de/index.html>

4. Umwelt International

Presse Information vom 12. März 2010 - Coordination gegen BAYER-Gefahren

Indien: Störfall in Pestizid-Fabrik von BAYER

Hochgiftige Gase ausgetreten / Mitarbeiter getötet / Verkaufs-Stopp gefordert

In einer Fabrik von BAYER CropScience im indischen Ankleshwar kam es gestern früh zu einem schweren Unfall. Nach einem Feuer traten über einen Zeitraum von rund 90 Minuten die hochgiftigen Gase Mercaptan und Phosphortrichlorid aus. Ein 27-jähriger Ingenieur kam ums Leben. Der Störfall ereignete sich in einer Anlage, in der das hochgiftige Pestizid Ethoprop produziert wird.

Auch außerhalb der Fabrik wurden hohe Konzentrationen giftiger Stoffe gemessen. Ein Sprecher der Polizei berichtete gegenüber der *Times of India*: „Nachdem wir mehrere Beschwerden wegen Übelkeit und Erbrechen erhalten hatten, begannen wir mit den Luftmessungen. Diese ergaben eine hohe Konzentration von Chemikalien in der Luft.“

Ethoprop gehört zur Substanzklasse der Organophosphate und ist chemisch mit E 605 verwandt. Das Pestizid wird gegen Würmer und Insekten eingesetzt. Die Weltgesundheitsorganisation WHO bezeichnet den Wirkstoff als „extrem gefährlich“ (Gefahrenklasse 1) und krebserregend. BAYER bietet das Insektizid seit den 60er Jahren unter dem Handelsnamen Mocap an. Ethoprop wird in der Umwelt nur langsam abgebaut und wird häufig in Gewässern und im Grundwasser nachgewiesen.

Philipp Mimkes von der *Coordination gegen BAYER-Gefahren*: „Erst vor wenigen Wochen haben wir gefordert, dass BAYER die Produktion aller Klasse 1-Pestizide, darunter auch Ethoprop, einstellt – leider vergeblich. Eine sichere Anwendung dieser hochgefährlichen Produkte ist schlicht unmöglich, ganz besonders in Ländern des Südens“.



Mimkes fordert eine unabhängige Untersuchung des Störfalls, so wie zuletzt in den USA nach einer Explosion in einer Pestizid-Fabrik von BAYER in West Virginia, bei der zwei Mitarbeiter starben. US-Aufsichtsbehörden hatten nach dem Störfall umfangreiche Ermittlungen angestrengt. Die Arbeitsschutzbehörde OSHA fand „mangelhafte Sicherheits-Systeme, signifikante Mängel der Notfall-Abläufe und eine fehlerhafte Schulung der Mitarbeiter“.

Der US-Kongress kam zu dem Ergebnis, dass die Explosion das „Desaster von Bhopal in den Schatten hätte stellen können“.

BAYER hatte bereits 1995 angekündigt, alle Klasse 1-Wirkstoffe vom Markt zu nehmen, das Versprechen jedoch bis heute nicht gehalten. Die Weltgesundheitsorganisation WHO schätzt die Zahl der jährlichen Pestizidvergiftungen auf 3 bis 25 Millionen. Mindestens 40.000 Fälle pro Jahr verlaufen tödlich, bei einer hohen Dunkelziffer. Armut, Analphabetismus und das tropische Klima, das den Einsatz von Schutz-Anzügen verhindert, tragen dazu bei, dass rund 99% aller Pestizid-Vergiftungen in Ländern des Südens auftreten.

Weitere Informationen: *Coordination gegen BAYER-Gefahren*, www.CBGnetwork.org

Impressum

BBU-Newsletter Nr. 3 / 2010, Hrsg.: BBU e.V., Prinz-Albert-Straße 55, 53113 Bonn. Redaktion: Udo Buchholz (UB), Mitglied des BBU-Vorstand. Druck: Eigendruck und E-Mailversand über die Geschäftsstelle in Bonn. Der Preis des BBU-Newsletters (per Mail oder Fax) ist im Mitgliedsbeitrag enthalten. Interessierte Nicht-Mitglieder können den Newsletter (als Datei) beim BBU anfordern. Der Newsletter erscheint monatlich. Nächster Redaktionsschluss ist der 10.04.2010. Beiträge von Mitgliedsinitiativen in Form von Artikeln, Pressemitteilungen oder Terminbekanntgaben werden möglichst bevorzugt veröffentlicht. Die Länge der Beiträge sollte 1800 Zeichen nicht überschreiten. E-Mail-Adresse der Redaktion: Buchholz@bbu-bonn.de. In der Betreff-Zeile bitte „Für den BBU-Newsletter“ vermerken.